

## **ANTRAG**

**der Fraktion der AfD**

### **Masterplan für finanzielle und ökonomische Bildung an den Schulen**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Ökonomische und finanzielle Grundlagenbildung leistet über die allzu oft ideologisch verengte politische Bildung hinaus einen wichtigen Beitrag zur Allgemeinbildung, indem Schülerinnen und Schüler Kompetenzen erwerben, die notwendig sind, damit sie in finanziell bestimmten Anforderungssituationen, insbesondere des eigenen Alltags (u. a. private Haushaltsplanung, Sparstrategien, Altersvorsorge, Ausgabedisziplin, kritische Einschätzung von Werbung usw.), adäquat reagieren können.
2. Aufgabe der allgemeinbildenden Schulen ist, Schülerinnen und Schülern ein wirtschaftliches und monetäres Grundlagenverständnis zu vermitteln, das sie befähigt, finanzielle Bedingungen und Abläufe mitzudenken und materielle Bedürfnisse in Relation zu eigenen Möglichkeiten verantwortungsbewusst zu prüfen, etwa mit Blick auf das Konsumverhalten und damit verbundene potenzielle Gefahren der Überschuldung.
3. Solide wirtschaftliche und finanzpolitische Bildung ist wesentlich für das Führen eines selbstbestimmten Daseins und dessen Planung, vor allem was das Berufsleben und die eigene Haltung als Marktteilnehmer, mithin als Produzent und Konsument, betrifft.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Rahmenrichtlinien der Unterrichtsfächer der allgemeinbildenden Schulen zu überprüfen, inwiefern sie den Erfordernissen ökonomischer und finanzieller Bildung genügen, also zum einen dazu qualifizieren, den eigenen Alltag wirtschaftlich und finanziell verantwortungsvoll zu bewältigen und gute Entscheidungen für sich selbst sowie innerhalb der Familie zu treffen, zum anderen die berufliche Existenz planen, nach ethischen Maßstäben konsumieren sowie mit Vernunft und Augenmaß über Investitionen oder Verzicht befinden zu können – dies alles im Sinne persönlicher Reifung, die entwickelter Urteilskraft bedarf.

2. im Sinne eines Kompetenzmodells eine Richtlinie zu erarbeiten, die der umfassenden Bedeutung finanzieller und ökonomischer Bildung Rechnung trägt und sie als fächerübergreifendes, dabei aber in sich einheitliches Prinzip versteht.
3. geeignete außerschulische Partner in das praxisorientierte und realitätsnahe Lernen einzu-beziehen sowie Handreichungen und Beratungsangebote für finanzielle und ökonomische Bildung zu entwickeln.
4. bisherige Bestandteile wirtschaftlicher und finanzpolitischer Bildung auf ihre konkrete Relevanz zu prüfen und fächerübergreifend sinnvoll zu verbinden.

### **Nikolaus Kramer und Fraktion**

#### **Begründung:**

Jeder Mensch ist zwangsläufig ein homo oeconomicus, selbst Kinder. Ihre Erfahrungen werden vor allem durch das wirtschaftliche Vorbild der Eltern und durch deren Erziehung geprägt. Sobald Heranwachsende Taschengeld erhalten, werden sie bereits als Konsumenten erste wirtschaftliche Entscheidungen treffen.

Zwischen sechs und dreizehn Jahren verfügen Kinder im Durchschnitt über fast dreißig Euro Taschengeld im Monat. Erweitert um übliche Geldgeschenke, ergibt sich so eine Summe von mehreren Milliarden Euro im Jahr, über die sie weitgehend frei entscheiden<sup>1</sup>.

Im jugendlichen Alter setzt insbesondere die Berufswahl und -findung Wirtschaftskompetenz voraus, sobald es gilt, sich lebensstrategischen Herausforderungen zu stellen, dabei Chancen zu nutzen, Probleme zu erkennen und möglichst richtige, also angemessene Entscheidungen zu treffen.

Finanzielle Bildung ist von hoher Alltagsrelevanz, insofern es wichtig erscheint, erste selbst zu nutzende Angebote, etwa zu Mobilfunk und Internet, verstehen und im Abgleich mit den eigenen Bedürfnissen und Möglichkeiten prüfen zu können. Gerade gegenüber Werbung muss ein kritisches Urteilsvermögen entwickelt werden, um nicht unvorteilhaften Angeboten zu folgen und schlimmstenfalls so finanzielle Einbußen zu riskieren.

Heranwachsende sollten ihr Leistungsvermögen kennen, es zu entwickeln und zu steigern wissen und solcherart klar darin sein, dass besondere Bedürfnisse erst kraft Leistungsbereitschaft, also mit beruflichem Engagement, erfüllt werden können. Sie müssen also nicht nur ihre Rechte, sondern gleichsam ihre Pflichten in der Arbeitswelt kennen.

Jede finanzielle bzw. ökonomische Entscheidung wirft zudem ethische Fragen auf, über die eine Anschlussmöglichkeit in Richtung verschiedener Unterrichtsfächer besteht.

---

<sup>1</sup> vgl. Langmeyer, A./Winkelhufer, U.: Taschengeld und Gelderziehung, Expertise des Deutschen Jugendinstitutes e. V. 2014

Soziale Marktwirtschaft braucht den umfassend informierten Bürger. Nur wer ökonomisch grundgebildet ist, kann Wirtschaftsdebatten nachvollziehen und die richtigen Fragen stellen. Politische und ökonomische Ignoranz sind hingegen gefährlich, daher bedarf es eines Unterrichtes zu wirtschaftlichen, finanziellen und den damit verbundenen sozialen Zusammenhängen.

Laut Kultusministerkonferenz ist ökonomische Bildung ein unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung und gehört somit zum Bildungsauftrag der allgemeinbildenden Schulen in der Bundesrepublik Deutschland. Das Lernfeld Wirtschaft ist in den Schulen zwar verankert und wird in verschiedenen Formen in schulische Lehr- und Lernprozesse einbezogen, jedoch sollte diesem aufgrund der Herausforderungen der Zukunft eine größere Bedeutung beigemessen werden.

Eine vorzulegende Richtlinie sollte auf der bestehenden und bewährten Einbettung ökonomischer Themen in die Lehrpläne und den Unterricht dieser Fächer aufbauen und die für die gymnasiale Oberstufe vorgesehene Entwicklung von Kenntnissen und Kompetenzen auch für die Sekundarstufe I und für den Grundschulbereich adaptieren.